

19. AKTUELLE STUNDE

*Herrn
Präsident des Burgenländischen Landtages
Robert Hergovich
Landhaus
7000 Eisenstadt*

Eisenstadt, am 19. September 2024

Aussprache über Themen von Allgemeinem Interesse gem. §31a der GeOLT

Unter den ÖVP-FPÖ-Bundesregierungen von 2000 bis 2007 und 2017 bis 2019 wurde das Österreichische Gesundheits- und Pflegesystem systematisch verschlechtert. Die „Zwei-Klassen-Medizin“ ist leider kein Schlagwort mehr, sondern bittere Realität. Zum Beispiel sind die Wartezeiten auf einen Facharzttermin mittlerweile unzumutbar und auch auf Operationstermine müssen die Patienten vergleichsweise sehr lange warten. Die Planung bei der Ausbildung von Medizinerinnen und Medizinern hat ebenfalls versagt. Kassenordinationen können nicht mehr nachbesetzt werden. Während die Anzahl der Kassenärzte um 131 sank, stieg die Zahl der Wahlärzte im Zeitraum 2011 bis 2023 um 3.371. Es gilt zunehmend: Wer zahlt, kommt dran! Wer es sich leisten kann, muss daher Zusatzversicherungen abschließen, um sich gegen hohe Honorarnoten und überlange Wartezeiten abzusichern. Die zuständigen Bundesregierungen haben keinerlei Maßnahmen gesetzt, um die Studienplätze für Medizin zu erhöhen bzw. fertige Ärztinnen und Ärzte zu verpflichten, eine gewisse Zeit in Österreich ihren Dienst zu verrichten.

Die ÖVP-FPÖ-Regierung kündigte im Jahr 2018 Einsparungen von einer Milliarde Euro durch die Zusammenlegung der Krankenkassen an, sechs Jahre später musste die damalige FPÖ Gesundheitsministerin Hartinger-Klein zugeben, dass es sich um einen „Marketing-Gag“ gehandelt, der den Steuerzahlern 215 Millionen Euro mehr gekostet hat. Auch die angeblichen Errungenschaften „gleiche Leistung für gleiche Beiträge“ sowie eine „Leistungsharmonisierung nach oben“ durch den Strukturumbau in der Krankenversicherung lassen bis heute auf sich warten. Die adäquate Gesundheitsversorgung unserer Bevölkerung soll jedenfalls innerhalb des Sozialversicherungssystems garantiert sein.

Aber auch unter der aktuellen ÖVP-Grünen-Bundesregierung hat sich die Versorgung des Gesundheitssystems verschlechtert und der Privatisierung wurde massiv Vorschub geleistet. Aktuell werden 21 VAMED Rehazentren in Österreich, darunter das Gesundheitssystem Bad Sauerbrunn und die Ambulanz mit rund 250 Mitarbeitern, an einen französischen Hedgefonds verschertelt - mit Unterstützung

der ÖVP-Grünen-Regierung. Das Land Burgenland hat auf Initiative von Landeshauptmann Hans Peter Doskozil die Weichen rechtzeitig gestellt und die VAMED Anteile von drei Pflegeheimen (Neudörfl, Rechnitz, Oberpullendorf) zurückgekauft.

Die ÖVP Burgenland war die einzige Partei, die in der Landtagssitzung am 27. Juni 2024 für einen Verkauf gestimmt hat. Es war auch die ÖVP Burgenland, die im Jahr 2015 forderte, dass zwei Krankenhäuser für das Burgenland genug seien und daher drei geschlossen werden sollen.

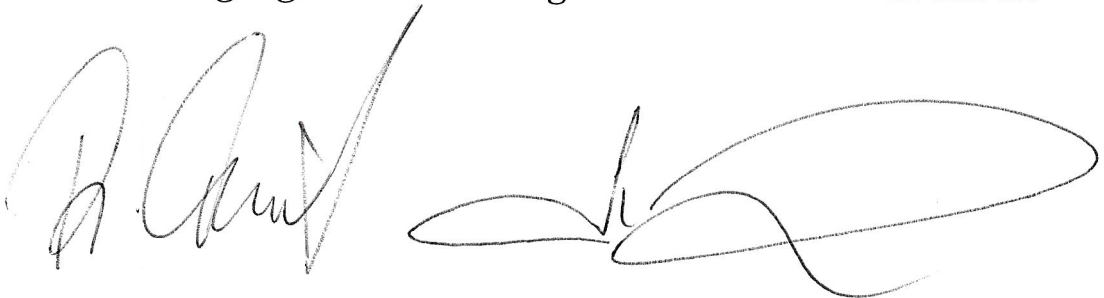
Im Pflegebereich ist die Situation noch prekärer, Pflegexperten und Pflegeorganisationen sprechen von einem „Pflegenotstand“ bzw. von einer „Pflegekatastrophe“ (Caritas-Präsident Michael Landau, 5.5.2022). Die Bundesregierungen von ÖVP und FPÖ sowie ÖVP und Grünen haben es seit 2017 verabsäumt, Maßnahmen umzusetzen, die eine qualitative, menschliche und wohnortnahe Pflege ermöglichen und sprachen von einem Pflegenotstand, für den die Bundesregierung verantwortlich ist. Alleine beim Personal fehlen bis zum Jahr 2050 rund 200.000 Pflegekräfte.

Im Gegensatz dazu wird im Burgenland der Fokus auf die Themen Gesundheit und Pflege gelegt, um der Bevölkerung die beste Versorgung zu ermöglichen. So wurde erst kürzlich das neue Krankenhaus in Oberwart eröffnet, welches mit 180 Millionen Euro nicht nur deutlich unter den prognostizierten Kosten von 235 Millionen Euro gelegen, sondern ist bereits abbezahlt ist. Durch eine Offensive im Bereich der Ärztinnen und Ärzte kommen immer mehr Mediziner in das Burgenland, weil hier die Bedingungen attraktiv gestaltet wurden. Auch eine eigene Medizin-Universität für das Burgenland ist in Planung.

Mit dem „Zukunftsplan Pflege“ wurde das Burgenland Vorreiter bei der Pflege, die als basale Dienstleistung auf Gemeinnützigkeit umgestellt werden wird, weil mit dieser Dienstleistung kein Gewinn auf Kosten der Patienten gemacht werden soll.

Für die neue Bundesregierung muss – entsprechend dem Vorbild des Burgenlandes – das Gesundheits- und Pflegesystem oberste Priorität haben. Um hierüber im Burgenländischen Landtag auf breiter Basis zu diskutieren, stellen wir den Antrag auf Durchführung einer aktuellen Stunde in der Landtagssitzung am 17. Oktober 2024 zum Thema:

**„Neuausrichtung des österreichischen Gesundheits- und Pflegesystems:
Die beste Versorgung der Bevölkerung muss oberste Priorität haben!“**

Two handwritten signatures in black ink. The signature on the left is more compact and angular, while the one on the right is more fluid and cursive, featuring a large loop at the end.